

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Der Preis für die 24 zum breiten Colonal-Kingelzettel im Umtriebsgebiet ist 20 (Postzusatz für die 24 zum breiten Colonal-Kingelzettel 15), auswärts 25, für die 20 zum breiten Colonal-Kingelzettel 10, auswärts 15, für die 20 zum breiten Colonal-Kingelzettel 5, auswärts 10.  
Postfach-Adresse: Leipzig Nr. 12225.  
Gemeinde-Post-Adresse: Aue, Erzgeb., Nr. 70.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Löbnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag E. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Vertriebsstellen: Aue 81, Löbnitz (Alte Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 881, Grünhain/Grünhain, Volksfreund Aue/Schneeberg.

Wichtigste Anzeigen für die am nächsten erscheinende Nummer des „Volksfreund“ sind die am 30. August 1924 im vorerwähnten Tage sowie an bestimmten Tagen nicht gegeben, auch nicht für die Möglichkeit der durch den Verleger aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe ungenutzter Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. — Nachdruckungen des „Volksfreund“ begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungserzug und Anzeigen gelten Rabatte als nicht vereinbart. Hauptvertriebsstellen in: Aue, Löbnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 203.

Sonnabend, den 30. August 1924.

77. Jahrg.

## Amfliche Anzeigen.

Auf dem Blatt 244 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Rudolf Müller u. Co in Löbnitz bez., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Gesellschafter Karl Rudolf Müller in Löbnitz ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Der Kaufmann Richard Johannes Häußler in Löbnitz ist alleiniger Inhaber und führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma fort.  
Amtsgericht Löbnitz, am 2. August 1924.

**Löbnitz.** Zur Nachtzeit hat in hiesiger Stadt wiederum ein gemessenes, das neuerlich mehrfach zu begründeten Beschwerden geführt hat. Den Polizeicommissar ist unangenehmlich eingeschrieben gegen diese Verletzung eingeschrieben worden, welche nach § 360 Nr. 11 des Reichs-Verfassungsgesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft wird. Bei Vermeidung gleicher Strafe hat auch im Interesse der Nachtruhe das Singen und Pfeifen in den nach öffentlichen Straßen und Plätzen zu gelegenen Gasthäusern, Gesellschaftszimmern und dergl. nach 1/211 Uhr abends zu unterbleiben.  
Löbnitz, am 26. August 1924. Der Rat der Stadt.

## Rubholzverfeigerung. Unterwiesenthaler Staatsforstrevier.

Freitag, den 5. September 1924, vorm. 1/10 Uhr, im Bahnhofsrestaurant in Annaberg: 8370 Rfö, 7—15 cm; 1820 Rfö, 16—22 cm; 418 Rfö, 23 und mehr cm; 3,0 und 3,5 Mtr. lang; 17,0 m Rubzhölzer, Schneeföhren, Abt. 41, Bruchhölzer Abt. 21—88.  
Forstamt Unterwiesenthal. Forstklasse Schwarzenberg.

## Die größere Sorge.

Der Kampf um die Londoner Abmachungen, der vielleicht am heutigen Freitag entschieden werden wird, ist in ein unsachliches Parteizeugnis ausgeartet. Etwas anderes war bei diesem Reichstag und dieser Reichsregierung nicht zu erwarten. Sie rächen sich die Sünden aus den Wahlen dieses Jahres. Sie brachten uns einen in seiner Grundeinstellung unveränderten Reichstag, es waren in der Hauptsache die alten, unfähigen Parteigänger, die von neuem in ihn einzogen. Das neue Blut war zu schwach, dem von Anfang an senkten Körper des Parlaments frische Kraft zuzuführen. Und die Männer in der Regierung hatten nicht den Schweiß, die Folgerungen aus der äußerlichen Aenderung der politischen Konstellation zu ziehen. Sie blieben im Amte und versuchten als Minderheitsregierung die außenpolitischen Ziele zu verfolgen, auf die sie sich bereits vor den Wahlen festgelegt hatten. Es ist kein Geheimnis, daß sich in den Kreisen der Deutschen Volkspartei von vornherein gegen diese Art Politik zu treiben Widerstände zeigten. Leider erwiesen sie sich als zu schwach, um den Einfluß des Parteiführers zu überwinden. Es ist zwar etwas post festum aber immerhin interessant, was gerade jetzt ein Mitglied der Partei Dr. Stresemann in der „D. Allg. Ztg.“ schreibt. Es heißt in dem Artikel:

Man braucht nicht völlig oder deutschnational zu sein, um zu wünschen, unsere Delegation hätte in London den Wurf gewagt, die Verhandlungen abzubrechen. — Zu dem Zeitpunkt, als wir zugleich noch unser Gesicht, das verständigungsbedürftig, wahren konnten, also ehe das raffinierte Danaergeschehen, jenes Füllhorn kleiner französischer Konzessionen, über uns ausgeschüttet wurde. Das ist nun vorbei, und die Situation muß angesehen werden, wie sie ist. Es wäre falsch, für das unbefriedigende Resultat der Londoner Verhandlungen allein diese Haltung unserer Delegation verantwortlich zu machen. Hier rächen sich ältere Sünden! Ich habe von Anfang an darauf hingewiesen, man möge nicht hypnotisiert auf das Ziel starren, daß das Dawes-Gutachten angenommen werde —, viel wichtiger sei es, durch wen es beraten, und, wenn tauglich befunden, angenommen würde. Aus außen- wie aus innenpolitischen Gründen war aber eine gesamtdeutsche Regierung hierzu unerlässlich, und ihr volles Maß Schuld an der heutigen Krise tragen diejenigen aus allen Lagern, denen damals der letzte heiße Wille mangelte, um dies Ziel zu erzwingen.

Das hat sich bitter gerächt. Außenpolitisch, denn eine Regierung, die weniger mit demokratischem Del gefalbt und mehr mit deutschnationalem Pessimismus gestärkt war, wäre in London, daran besteht wohl kein Zweifel, in ihrem Widerstand höher eingeschätzt worden. Innenpolitisch ebenso. Denn nun wurde das Dawes-Gutachten im Wahlkampf und später zum Gegenstand erbitterten parteipolitischen Angriffs und beinahe zärtlicher Verteidigung, wie es dies fremdlandische Geistesprodukt nie hätte werden dürfen. Das Unglück war, daß manche Kreise —, den Anfang machte leider der Regierungswahlaufruf —, den Kampf für das Gutachten unter der lautmogant-mammonistischen Parole Ruhe und Rentenmarkt führten und die ganze Distinktion schon dadurch bei vielen im Volk, und gerade den besten, diskreditierten. Bis in die letzten Tage und bis in die Auseinandersetzungen der Parteien hinein hat sich eine solche erschreckende Dürftigkeit der Anschauungen bemerkbar gemacht, und die die Führer sein sollten, haben es nicht verstanden, größere außen- und innenpolitische Gesichtspunkte für die gegen-

wärtige Situation in den Vordergrund zu rücken. Und für diejenigen, die in der Politik der Regierung — zu Recht oder Unrecht — bisher eine Kette von Fehlern sahen, die sie einzeln beanstandeten, bedeutet es eine ungeheure Zumutung, durch eine Zustimmung um der Not des Augenblicks willen diesen Fehlern ihre nachträgliche Sanktion erteilen zu lassen.

So besteht die Gefahr, daß ein erbittertes Mißverstehen um sich greift, zwischen denen, die einander im Grunde doch nahe stehen, zwischen den Reichägern und der Kategorie der „Jäger schwarzen Herzens“ ...

Diese Mahnung aus dem eigenen Lager sollten alle diejenigen wohl beachten, die denjenigen, „die Führer sein sollten“, durch die und durch zu folgen pflegen und anderdenkende nationale Männer zu hoffen beginnen. Wir haben in den letzten Tagen folgenden traurigen Fall erlebt: Ein deutschnationaler Abgeordneter machte in einer Parteizeitung Vorschläge über die Lösung der Krise, die allerdings die gar nicht so fern liegende Forderung eines Rücktritts des Kabinetts enthielt. Kurz darnach brachten die amtlichen Organe der Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie (!) einen wörtlich gleichlautenden Aufsatz, der ihnen von „besonderer Seite“ zugegangen war, in dem der Sinn des ursprünglichen Artikels in bewusster Absicht verfälscht worden war. Wir sind also schon soweit gekommen, daß das Organ des Außenministers Dr. Stresemann Atem in Arm mit dem „Vorwärts“ über die nationale Opposition herfällt.

Die Sozialdemokratie hat natürlich ihre Freude an der beginnenden Feindschaft zwischen den beiden Rechtsparteien, die gemeinsam die schwarz-weiß-rote Flagge zu ihrem Wahrzeichen erhoben haben. Sie erhofft aus einem etwaigen neuen Wahlkampf die Vertiefung dieses Abisses im nationalen Bürgertum bis zur Unheilbarkeit. Dann bleiben die roten Blumen um Crispian und Ostmann. Natürlich zeigen dasselbe Interesse maßgebende Leute aus dem demokratischen Lager, die aus einer Gegnerschaft zwischen deutschnationalen und Volksparteilern ihr Parteilager auffüllen zu können hoffen.

Was aus der Londoner Abmachung werden wird, das ist heute die kleinere Sorge. Die größere sollte uns vielmehr drücken: die Gefahr dauernder Zersplitterung der nationalen Kräfte. Sie muß auf jeden Fall vermieden werden. Daran zu arbeiten, ist die Pflicht jedes Deutschen, dem die Zukunft des Vaterlandes mehr am Herzen liegt als das kleinliche Parteinteresse.

## Ein Ausweg.

Berlin, 28. August. Die „Berliner Börsenzeitung“, die der nationalliberalen Vereinigung nahesteht, meldet: Es verlautet, daß die Deutsche Volkspartei den deutschnationalen offiziell und schriftlich Zusicherungen für die baldige Umbildung der Regierung zu geben im Begriffe ist. Im Zusammenhang mit der Möglichkeit der Kabinettsbildung wurde in der Wandelhalle erzählt, daß vielleicht der Abg. Graf Lerchenfeld von der Bayerischen Volkspartei, der frühere bayerische Ministerpräsident, Reichskanzler werden könnte, und daß sowohl Marx wie Stresemann sich zurückziehen möchten, sobald sie das von ihnen begonnene Werk auf außenpolitischem Gebiet durch Annahme des Londoner Paktes gesichert sähen.

### Verhandlungen.

Berlin, 28. August. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, gehen die Verhandlungen der Deutschnationalen mit den Führern der Deutschen Volkspartei weiter. Die entscheidende Stellungnahme der beiden Fraktionen solle in den Fraktionsitzungen am Freitag vormittag erfolgen.

### Die Unterzeichnung.

London, 28. August. Nach den bisherigen Vereinbarungen soll das Londoner Abkommen am Sonnabend mittag im Auswärtigen Amt unterzeichnet werden. Für die britische Regierung wird der ständige Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußeren Crowe unterzeichnen. Die Alliierten und Deutschland werden durch ihre Völkshäupter oder Gesandten vertreten sein.

Paris, 28. August. Grumbach schreibt im „Quotidien“, daß die französische Regierung auch bei Ablehnung der Gutachtenesehe durch den Reichstag keineswegs die von der deutschen Regierung im Einklang mit den Bestimmungen der Weimarer Verfassung gegebenen vorläufigen Unterschriften zurückweisen werde. Die Unterschriften, die Marx und Stresemann unter die Londoner Abmachungen setzen werden, würden nur an Gewicht gewinnen können, wenn man gleichzeitig die Aufhebung des Reichstages ausspreche. Es wird angenommen, daß diese Ausführungen die Ansicht Herrlots wiedergeben.

## Die dritte Lesung der Gutachtensehe.

Berlin, 28. August. Die heutige Sitzung des Reichstags begann mit der allgemeinen Aussprache zur dritten Lesung der Gutachtensehe.

Von der deutschnationalen Fraktion sind zum Mantelgesetz inzwischen eine Entschließung und Anträge eingegangen. In der Entschließung wird gefordert, daß die Reichsregierung undenkbar ihrer Verpflichtungen alsbald durch weitere Verhandlungen eine Herabsetzung der im Dawesplan vorgesehenen Belastung bewirkt; spätestens binnen zwei Jahren. Von dem im Versaillesvertrag begründeten Recht Deutschlands, eine Nachprüfung seiner Leistungsfähigkeit zu verlangen, soll Gebrauch gemacht und darauf gedrungen werden, daß eine feste Grenze für die gesamten künftigen Leistungen vereinbart wird.

In dem Abänderungsantrag zum Mantelgesetz wird die Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete bis zum 10. Januar 1925 als Voraussetzung für das Inkrafttreten des Abkommens erklärt. Die Auslegung des Abkommens soll der Vereinbarung mit Deutschland vorbehalten bleiben und einem Schiedsgericht unterstellt werden. Das Abkommen soll ferner nicht in Kraft treten, solange nicht die Reichsregierung in einer amtlichen Erklärung an die Alliierten das Schuldbekenntnis widerrufen hat.

Abg. Dr. Quack (Dnl.) erklärt, die Deutschnationalen hätten bei der zweiten Lesung starke Zurückhaltung üben können, weil sie sich bereits in den Ausschußverhandlungen bemüht hatten, aufklärend zu wirken, ein Verdienst, das sich eine Oppositionspartei wohl zugute rechnen dürfte. In die dritte Lesung und in die entscheidende Abstimmung gehe die Fraktion jedoch mit einem Gefühl tiefer Enttäuschung und Bitterkeit. Beim besetzten Gebiet handle es sich nicht um Tage oder Wochen, sondern es muß endlich ein Ende gemacht werden mit dem unerhörten und schmachvollen Zustande der jahrelangen Fesselung. Das Dawesgutachten sei bei seinem Erscheinen in Deutschland, auch von amtlichen Stellen, namentlich von Dr. Stresemann, in einer Weise begrüßt worden, die taktisch von vornherein die deutschen Unterhändler in eine sehr unglückliche Situation bringen mußte. Der Redner verurteilte dann besonders die Amnestie für die Separatisten. Diese Begnadigung der schlimmsten Verbrechen in der deutschen Geschichte sei eine Schmach für Deutschland. Wenn die Reichsregierung in einer Zwangslage diese demütigenden Opfer bringen mußte, sollte sie sich nicht hierherstellen und dem Gegner des Gutachtens Pflichtwidrigkeit vorwerfen. Der Redner kritisiert die Dawespropaganda, insbesondere das Verhalten der Reichszentrale für Helmbold, die das Gutachten unter dem Titel „Die Bibel der Wirtschaft“ angepriesen haben. Er beschäftigte sich dann mit den Einzelheiten der Gutachtensehe und erklärte, daß man die Reichsbankgesellschaft unmöglich als eine deutsche Gesellschaft bezeichnen könne. Die Haltung der Sozialdemokratie sei von parteipolitischen Momenten diktiert, die das Charakteristikum der ganzen schmachwürdigen Politik seit 1918 seien. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der Redner schließt, man solle nicht glauben, den deutschnationalen Gedanken wieder duden zu können.

Abg. Solmann (Soz.) bezeichnet die Gesetze als Konsequenz des verlorenen Krieges. Von rechts und links habe man in den letzten Tagen nur öde Schimpfereien gehört, und hinter den Kulissen sei darüber verhandelt worden, um wieviel Silberlinge man sich seine nationale Schmach abkaufen lassen sollte. Ein anderer Ausweg sei von niemand geäußert worden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erinnert an die furchtbare Lage der deutschen Wirtschaft vor der Außerkraftsetzung des Achtstundentages. Damals seien auch die Sozialdemokraten der Meinung gewesen, daß man mit der alten Arbeitszeit der Wirtschaft nicht wieder aufrichten könne. Die jetzige Arbeitszeitverordnung sei freilich auch nicht deal und werde abgeändert werden.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann zitiert die jüngste Senatsrede Poincares, in der sich dieser gegen Herrriot und die Londoner Vereinbarungen wendet. Noch immer stehe in Frankreich eine große Macht hinter Poincare. Die Deutschen, die Poincares Vernichtungswillen kennen, sollten doch etwas objektiver würdigen, was in London erreicht worden sei. (Beifall.) Das sei doch etwas anderes, als die Todenglocke Poincares: Ich habe Deutschland in den Klauen und lasse es nicht wieder los. London habe nicht im Geiste des Poincarismus gestanden. Es bestesse aber die Gefahr, daß dieser Geist wieder in Europa herrsche, wenn durch Deutschlands Schuld die Verhandlungen scheitern. (Beif. Zus.) Es sei zweifelhaft, wie dieser Faden wieder angeknüpft werden könne, wenn nicht in irgendeiner Form eine Verständigung erzielt werde, im Parlament oder im deutschen Volk. Ein Kompromiß, wie es in London geschaffen wurde, könne natürlich nicht alle Teile befriedigen. Von amtlicher Seite sei das Gutachten auch niemals als „wirtschaftliche Bibel“ bezeichnet worden.